

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Bettina Dickes (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

### Schutz von Kindern und Jugendlichen

Die **Kleine Anfrage 2979** vom 8. Januar 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen wurden in den letzten zehn Jahren Lehrerinnen und Lehrer wegen sexueller Beziehungen zu Minderjährigen innerhalb und außerhalb von Schulen verurteilt?
2. Wie viele dieser Lehrerinnen und Lehrer sind heute im Schuldienst?
3. Können Lehrerinnen und Lehrer, bei denen diese Vorstrafe nach einigen Jahren im Führungszeugnis erloschen ist, wieder in den Schuldienst zurückkehren?
4. In wie vielen Fällen wurde in den vergangenen zehn Jahren nach Erlöschen des Eintrags im Führungszeugnis ein Lehrer in den Schuldienst eingestellt?
5. Können Lehrerinnen und Lehrer aus Frage 3 im Ganztagsbetrieb als außerschulische Fachkraft arbeiten?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. Januar 2015 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch hat für die Landesregierung höchste Priorität. Sie hat deshalb viele Maßnahmen ergriffen, die verhindern sollen, dass Schülerinnen und Schüler Opfer sexualisierter Gewalt werden. Zu nennen ist vor allem die Änderung des Schulgesetzes, mit der ausdrücklich klargestellt wurde, dass sexuelle Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern mit dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag unvereinbar und damit unzulässig sind. Zudem wurde das Schulverhältnis als Obhutverhältnis ausgestaltet, das die Lehrkräfte zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Nähe und Distanz verpflichtet.

Bei der Einstellung von staatlichen Lehrkräften wird die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses nach § 30a Bundeszentralregistergesetz verlangt. In diesem erweiterten Führungszeugnis werden im Unterschied zu einem regulären Führungszeugnis bestimmte Sexualdelikte auch erfasst, wenn das Strafmaß unterhalb von 90 Tagessätzen bleibt. Die Bewerbungsformulare enthalten ebenfalls entsprechende Fragestellungen. Zudem hat die Aufsichts- und Dienstleistungsbehörde (ADD) gemeinsam mit den Bezirkspersonalräten eine Dienstvereinbarung über die Errichtung und Nutzung einer Liste von Beschäftigungshindernissen abgeschlossen, mit der verhindert werden soll, dass Personen, die aus den unterschiedlichsten Gründen Mängel in der Eignung, der Befähigung oder der fachlichen Leistung erkennen lassen, in den Schuldienst eingestellt werden. Diese Datenbank wurde beim Landeschutzbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit angemeldet. Sie gewährleistet, dass alle im Bereich der Personalverwaltung eingesetzten Personen der Abteilung Schulen der ADD in allen Einstellungsverfahren Hinweise zu Personen mit Beschäftigungshindernissen erhalten, auch wenn Eintragungen im Führungszeugnis bereits erloschen sind.

Das Pädagogische Landesinstitut hält eine Reihe von gewaltpräventiven Projekten vor, die sich auch mit Fragen der sexualisierten Gewalt befassen. Zudem haben die Schulen die Möglichkeit, beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Fördermittel für die Durchführung von schulinternen Projekt- oder Studientagen zu beantragen.

b. w.

Auf Bundesebene ist mittlerweile eine Änderung des Strafgesetzbuches abgeschlossen, die darauf abzielt, den Strafrechtsschutz in Institutionen, die der Erziehung, Ausbildung und Betreuung in der Lebensführung Jugendlicher dienen, zu erweitern. Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Von 2005 bis 2014 wurden fünf staatliche Lehrkräfte wegen sexuellen Missbrauchs strafrechtlich verurteilt. Ein weiteres Strafverfahren ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen.

Zu Frage 2:

Von den wegen sexuellen Missbrauchs strafrechtlich verurteilten staatlichen Lehrkräften sind heute noch zwei formal im Schuldienst, da das Disziplinarverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Diese beiden Personen sind vorläufig des Dienstes enthoben, so dass sie nicht unterrichten.

Zu den Fragen 3 bis 5:

Das in der Vorbemerkung erwähnte erweiterte Führungszeugnis wird von allen Personen eingefordert, die eine berufliche, ehrenamtliche oder sonstige Tätigkeit an einer öffentlichen Schule in Rheinland-Pfalz ausüben wollen und hierfür ein Führungszeugnis benötigen. Dies gilt nicht nur für einzustellende Lehrkräfte, sondern z. B. auch für pädagogische Fachkräfte, PES-Kräfte sowie das sonstige im Ganztagsschulbereich eingesetzte Personal. Eine entsprechende Regelung enthält das Personalkompendium für den Ganztagsschulbereich.

Trotz aller in der Vorbemerkung aufgezählten Maßnahmen kann auch bei sorgfältigsten Vorsichtsmaßnahmen bei der Einstellung nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden, dass in den Fällen, in denen die Eintragungen ins Führungszeugnis gelöscht sind und falsche Angaben der Bewerberin oder des Bewerbers vorliegen, auch einschlägig vorbelastete Personen in den Schuldienst eingestellt werden.

In einem Fall wurde eine Lehrkraft in den Schuldienst eingestellt, nachdem der Eintrag im Führungszeugnis gelöscht war. Unmittelbar, nachdem die Einstellungsbehörde von den Umständen erfuhr, wurde die Rücknahme der Ernennung verfügt.

Vera Reiß  
Staatsministerin